

## AKTUELL

BIBLIOTHEKSGESETZ

# Totgeburt

Richard Graf

**Ab nächster Woche beschäftigt sich die Chamber-Kulturkommission mit dem „Projet de loi relatif aux bibliothèques de lecture publiques et d'information“. Ein Monstrum, an dem sich ein CSV-Familienstreit entzünden dürfte.**

„Leider misslungen - nur warum?“ So lautete das Fazit des Vorsitzenden der Luxemburger Bibliothekars-Vereinigung ALBAD, Jean-Marie Reding, schon kurz nach der Veröffentlichung der Gesetzesvorlage 6026 im Mai dieses Jahres. In einem „Land“-Beitrag listete er zahlreiche formelle und fachliche Ungereimtheiten auf. Ähnlich wie die Reform des Gesetzes über die Vereinigungen (asbl) wurde dieses Vorhaben kurz vor Schluss der letzten Legislaturperiode von der Regierung verabschiedet. Vorausgegangen waren zwei Gesetzesinitiativen des früh verstorbenen sozialistischen Abgeordneten Marc Zanussi (2003) sowie des inzwischen zu Ministerehren gelangten CSV-Abgeordneten Marco Schank (2007). Beide hatten versucht, die Rahmenbedingung der Luxemburger Lokal- und Regionalbibliotheken zu verbessern. Ein Langzeitvergleich zeigt, dass das heutige Luxemburg anders als zur Vorkriegszeit eine bibliothekarische Wüste ist. Die „Union luxembourgeoise des Bibliothèques publiques“ (ULBP) rechnet vor: 1935 gab es mindestens fünfmal so viel öffentliche Bibliotheken wie heute.

Die Initiativen von Zanussi und Schank zielten auf eine Vermehrung der öffentlichen Bibliotheken durch staatliche Fördermassnahmen ab. Während Zanussi hierbei eine separate Bibliothek für jede einzelne Gemeinde anstrebte, verfolgte Schank einen vergleichsweise realistischen Ansatz: Eine zentrale Stelle sollte die im Land vorhandene bibliothekarische Fachkompetenz bündeln und durch Aus- und Fortbildung der lokalen BetreiberInnen den Ausbau des Bibliothekswesens vorantreiben. Doch anstatt die Vorlage ihres Parteikollegen zu übernehmen oder auf ihr aufzubauen, ließ die Staatssekretärin (und jetzige Ministerin) Octavie Modert ein gänzlich neues Gesetz ausarbeiten.

Was bei diesem Unternehmen herausgekommen ist, bringt nicht nur Berufsbibliothekare dazu, sich die Haare zu rauhen. Auch Lokalpolitiker sprechen dem Vorhaben jegliche Kenntnis

der alltäglichen Praxis kleiner Bibliotheken ab.

Kritisiert wird vor allem die Rigidität des Gesetzes, das den Bibliotheken sogar pedantisch vorschreibt, wann und wie lange sie geöffnet zu sein haben. Was in großen Gemeinden wie Luxemburg allenfalls ein Problem der Personalorganisation ist, stellt für Kleingemeinden eine unlösbare Schwierigkeit dar. Die „one man libraries“ auf dem flachen Land müssen restriktive Öffnungszeiten praktizieren, um eine kompetente Beratung zu garantieren. Doch Bibliotheken, die die Bedingungen des Gesetzes nicht erfüllen, haben auch keinen Anspruch auf staatliche Förderung.

Wenig Gnade bei den Kritikern findet auch die obligatorische Einbindung der Bibliotheken in das nationale Netzwerk „Bib.net“. Zwar wollen auch die bestehenden Bibliotheken von den Synergien eines nationalen Netzwerks profitieren, doch geht vielen die Vollintegration zu weit. Bib.net beruht auf der komplizierten Software Aleph, die nicht nur an kostspielige Lizenzen gebunden ist, sondern auch einen hohen Einarbeitungsaufwand erfordert. Der kann vom teilweise ehrenamtlichen Personal der Dorfbibliotheken wohl kaum geleistet werden. In Marco Schanks Vorlage gab es zwar ebenfalls die Idee des Netzwerks, doch sollte die Teilnahme an ihm freiwillig sein.

Schließlich stoßen sich die Betreiber an der Professionalisierung, die das Gesetz erzwingen will. Denn auch wenn es der ALBAD natürlich sehr willkommen wäre, wenn sie in jeder Bibliothek einen der Ihren unterbringen könnte, so verschließt sie doch nicht die Augen vor der Tatsache, dass es nicht genügend ausgebildete Bibliothekare gibt und dass, wenn es sie gäbe, sich die Kleinstbibliotheken solche Fachkräfte gar nicht leisten könnten.

Die Hoffnungen von ALBAD und ULBP ruhen nun auf der Kulturkommission des Parlaments, das entweder das Gesetz ganz umschreiben oder aber die Schank-Vorlage aus der Versenkung hervorholen soll. Um den sich anbahnenden CSV-internen Zwist unter Kontrolle zu halten, wurde der CSV-Abgeordnete Mill Majerus als „rapporteur“ bestimmt. Er ist studierter Sexologe ... und Familienberater.

## SHORT NEWS

## Staatlicher Fallschirm für Cargolux

„Der LCGB-SEA stellt mit Entsetzen fest, dass gegenüber jeder Kategorie ein großes Entgegenkommen besteht (Aktionariat, Betriebsleitung (Bonuszahlungen?)) jedoch sollen, wie es nun offensichtlich wird, allein die Arbeitnehmer auf der Strecke bleiben!“ Das Kommuniké der christlichen Gewerkschaft vom 26. November fiel ungewohnt harsch aus. Am Vortag hatte Cargolux-Generaldirektor Uli Ogiermann gegenüber dem Luxemburger Wort Verluste „in dreistelliger Millionenhöhe“ für 2009 in Aussicht gestellt. Der LCGB erinnerte daran, dass nicht das Personal verantwortlich sei, wenn die Frachtfluggesellschaft hohe Strafen für illegale Preisabsprachen zahlen müsse. In der Tat hat sich die Gesellschaft im April gegenüber der US-Kartellbehörde schuldig bekannt, während ein Verfahren seitens der EU noch nicht abgeschlossen ist - beide Male könnten die verhängten Strafen weit über 100 Millionen Euro liegen. Angesichts der schwierigen Lage erklärte sich der LCGB bereit, den bestehenden Kollektivvertrag ohne Lohnverbesserungen zu verlängern. Doch die Betriebsleitung wolle Lohnkürzungen, deshalb wolle man die Verhandlungen abbrechen. Wenige Stunden später kritisierte die Konkurrenzgewerkschaft OGBL per Kommuniké, die Haltung des LCGB führe in einen offenen Tarifkonflikt, was inakzeptabel sei. Stattdessen müsse konstruktiv über der Situation angepasste Maßnahmen verhandelt werden. Dass sich die beiden großen Gewerkschaften am Findel nicht grün sind, hat gewissermaßen Tradition. Pikant ist, dass diesmal der LCGB sich radikal gibt, während der OGBL sich gegen drastische Maßnahmen wie einen „Plan de maintien dans l'emploi“ wehrt. Besonders amüsant ist, dass derzeit in einem anderen Sektor, nämlich der Finanz, der OGBL von einer sehr Besorgnis erregenden Lage spricht, und staatliche Maßnahmen für einen „maintien dans l'emploi“ fordert. Vielleicht ist der Schmusekurs mit der Cargolux-Leitung einfach darauf zurückzuführen, dass Wirtschaftsminister Jeannot Krecké einer dem OGBL nahestehenden Partei angehört. Jedenfalls informierte die Frachtgesellschaft am vergangenen Dienstag über eine provisorische Kapitalrestrukturierung. Diese führt dazu, wie der OGBL, in einer frohlockenden Reaktion mitteilte, dass der Staat indirekt rund 26 Prozent des Kapitals kontrolliert. Während die „rote“ Gewerkschaft nun den Weg für einen Sparplan geebnet sieht, erwartet die „schwarze“ vom staatlichen Einfluss, dass die „ungerechtfertigten Forderungen an das Personal“ fallengelassen werden. Auch die Partei „Déi Lénk“ begrüßt die staatliche Beteiligung, die aber nicht nur zeitlich begrenzt sein dürfe. Außerdem steht die linke Partei ausnahmsweise dem LCGB zur Seite mit der Forderung, die Diskussion über eine Verschlechterung des Kollektivvertrages müsse „vom Tisch sein“.

## La lutte au final

Le combat aura été long, les négociations aussi et le résultat peu satisfaisant. Dans la nuit du 26 au 27 novembre, la délégation du personnel de Villeroy et Boch a trouvé un accord à l'arrachée mettant fin au conflit social. Après 14 heures de négociations, la direction a finalement consenti d'octroyer 100 euros d'indemnités extralégales pour chaque mois travaillé. Rappelons que le minimum fixé par le syndicat, et correspondant à ce qui avait été négocié dans le plan social précédent, était de 120 euros. Finalement, 188 personnes seront licenciées avec effet le 15 janvier 2010. En plus, la direction s'est permis d'introduire dans le plan social une clause qui en dit long sur son esprit : chaque salarié tombant malade entre le 1er décembre 2009 et le 31 mars 2010 se verra déduire 100 euros de son indemnité extralégale par jour de maladie. Si les représentants syndicaux disent que cette clause ne leur « plaît pas du tout », ils soulignent que c'était « une condition sine qua non pour obtenir un résultat ». Le même jour, le député André Hoffmann (déi Lénk) a adressé une question parlementaire au ministre du travail Nicolas Schmit (LSAP), lui demandant si ce dernier envisageait de s'inspirer des solutions employées lors de la crise sidérurgique pour offrir une perspective d'emploi aux salarié-e-s.